

# «Wir haben keine Berührungsängste»

**FRAKTIONSPRÄSIDENTEN** GEORG DUBACH (FDP, TRIENGEN) UND ARMIN HARTMANN (SVP, SCHLIERBACH) AN DER SURSEER SESSION

**Was ist die Rolle der Fraktionspräsidenten während einer Session? Warum ist dieses Amt attraktiv? Welche Höhepunkte gab es in der Stadthalle? Zwei Fraktionspräsidenten aus dem Surental beantworteten diese Fragen in der Stadthalle Sursee.**

**Wie erlebten Sie die Session hier in der Surseer Stadthalle, Georg Dubach?**

*Ich freute mich sehr, dass die Session in unserer Nähe stattfindet. Persönlich erlebte ich hier turnerische Wettkämpfe. Wo ich einst turnte, politisieren wir heute.*

*Armin Hartmann: Man merkte es schon am Morgen, da die Anreise kürzer war als sonst. Persönlich finde ich es wichtig, dass der Kantonsrat einmal die Landschaft besucht – auch als Zeichen gegenüber dem zweiten Zentrum des Kantons. Hier ist es anders als in der Messe Luzern, wo wir quasi in einem Flughafen-Hangar tagten. Die Stadthalle ist zwar auch gross, aber wesentlich kleiner. Das spürt man auch.*

**Können Sie Ihre Tätigkeit als Fraktionspräsidenten in der Stadthalle gleich ausführen wie im Kantonsratsaal?**

*Georg Dubach: Das ist genau gleich wie in der Messe Luzern oder im Kantonsratsaal. Hier ist es einfach etwas grossräumiger.*

*Armin Hartmann: Ein Stück weit sind wir hier eingeschränkt, um kurz in der Fraktion zusammensitzen. Besprechungen sind zwar möglich, aber gewisse Hemmungen bestehen.*

*Georg Dubach: «Zu Hause» im Kantonsratsaal sind wir an alles besser gewohnt und organisiert. Wir können uns in Luzern beispielsweise in der Wandelhalle treffen, was besser ist als hier.*

**Haben Sie beide als Fraktionspräsidenten während der Session viel Arbeit?**

*Georg Dubach: Das hängt von den Geschäften ab. Wenn ein Geschäft nicht so läuft, wie wir es gerne hätten, müssen wir Einfluss nehmen. Wegen des Nachteils der Grossräumigkeit hier können wir weniger schnell reagieren.*  
*Armin Hartmann: Immer wieder kommen Leute aus der Fraktion mit Fragen. Dann gibt es Absprachen zwi-*



SVP-Fraktionspräsident Armin Hartmann (links) und FDP-Fraktionspräsident Georg Dubach im Foyer der Stadthalle Sursee.

FOTO ANA BIRCHLER-CRUZ

*sch den Fraktionen. Auch Fragen zur Geschäftsordnung beantworte ich – zum Teil selbstverständlich auch auf dem digitalen Weg.*

**Armin Hartmann, warum sagten Sie im Herbst ja zu diesem Amt?**

*Ich war vorher Vizepräsident der Fraktion, deshalb war es naheliegend, dass ich auf Urs Dickerhof folgte. Es ist eine neue spannende Aufgabe, sich in der Partei zu engagieren. Der Austausch und der Kampf für Mehrheiten sind ausgeprägter als ich es als normales Fraktionsmitglied erlebte. Das motiviert mich. Ich kann etwas der Partei zurückgeben und mich persönlich weiterentwickeln.*

**Georg Dubach, was motivierte Sie im Juni 2020, das Amt des FDP-Fraktionspräsidenten zu übernehmen?**

*Einerseits ist das Präsidium eine ganz wichtige und entscheidende Aufgabe für die Fraktion. Anderer-*

*seits finde ich es wichtig, dass man Verbindungen und Koalitionen unter den Fraktionen schaffen kann. Man muss sich gut verstehen und wissen, was einen beim Zusammenspannen erwarten kann. Wir zwei finden den Weg.*

**Arbeiten FDP und SVP nun enger zusammen, weil Sie sich gut kennen?**

*Georg Dubach: Es kann Themen geben, zum Beispiel solche, die das Surental betreffen, oder bei Fragen, in denen unsere beiden Parteien die gleiche Meinung vertreten, wo wir eng zusammenarbeiten.*

*Armin Hartmann: Wenn man weiss, wie die Leute ticken, geht die Zusammenarbeit einfacher. Darüber hinaus haben wir grundsätzlich keine Berührungsängste gegenüber jemandem. Das ist auch eine Voraussetzung, um Fraktionspräsident zu sein.*

**Welches Geschäft war das wich-**

**tigste an der ersten Session in Sursee?**

*Armin Hartmann: Corona prägte und dominierte ganz sicher die Session. Die dringlichen Vorstösse nahmen mehr als einen halben Tag in Anspruch. Alles andere war Beilage.*

**Wie schwer war es für den FDP-Fraktionspräsidenten Georg Dubach, so viel Geld auszugeben?**

*Überhaupt nicht. Aber wir mussten versuchen, möglichst alle gleich zu behandeln. Wenn der Bund gewisse Vorgaben macht, welche die Kantone übernehmen müssen, gibt es immer wieder Punkte, die man besser machen könnte. Geld ausgeben ist selbstverständlich gar nicht in unserem Sinn. Aber dort, wo wir Probleme lösen konnten, mussten wir Hand bieten. Die Fragestellung ist am Schluss, wie wir das finanzieren. Diese Frage müssen wir uns Bürgerliche erlauben zu stellen. Wir sind auch verantwortlich, dass wir überhaupt die Möglich-*

**Georg Dubach: «Masslos»**

**FAZIT** «Am zweiten Tag wurden die 23 dringlich eingereichten Vorstösse zum Thema Coronakrise behandelt. Persönlich betrachte ich das gemeinsam erarbeitete, überparteiliche Postulat P482 eigentlich als Errungenschaft. Die dennoch zahlreichen dringlich eingereichten Vorstösse zum Thema Coronavirus waren masslos. Unter den Fraktionen wurde eigentlich vereinbart, dass die Vorstösse die mit dem gemeinsam eingereichten Postulat obsolet wurden, zurückgezogen würden. Dem war jedoch nicht so, im Gegenteil. Vor allem die SP zelebrierte sich als Retter der Nation. Die Linken verhielten sich unverantwortlich und nutzten die Krisenlage schamlos aus, um sich parteipolitisch zu profilieren. Ich habe auch Dienstag wieder festgestellt, dass diejenigen Politiker, die nun am lautesten nach Staatshilfe verlangen, oft dieselben sind, die auch in guten Zeiten das Geld mit vollen Händen ausgeben.»

RED

*keit haben, Geld ausgeben zu können, weil der Kanton in der vergangenen Zeit sehr haushälterisch mit dem Geld umging. Das ermöglichte uns jetzt, relativ grosszügig sein zu können.*

**Wie stehen Sie als SVP-Fraktionspräsident zum Geld ausgeben?**

*Es ist ein zentrales Phänomen dieser Pandemie, dass sie sich nicht an das klassische Links-Rechts-Denken der Parteienlandschaft hält. Anders gesagt, vermutlich gibt es in sämtlichen Parteien alle Richtungen von alles offenhalten oder alles schliessen. Klar ist, die Rechnungen all dieser nun beschlossenen Massnahmen werden uns irgendwann präsentiert. Aber es ging darum, dass wir jetzt Hilfe leisteten. Aber nur zielgerichtet, schnell und unbürokratisch, keinesfalls mit der Giesskanne. Gleichzeitig durften wir nicht die Nerven verlieren und mit dem Geld um uns schlagen. Das wäre ganz sicher ein Fehler gewesen.*

THOMAS STILLHART

AUS DER SESSION



## Rat rang um faire Härtefallmassnahmen

*Diese Woche fand Covid-bedingt die erste Kantonsratssession in der Stadthalle Sursee statt. Was für ein Erlebnis, das war quasi ein Heimspiel!*

*Die Session war geprägt von Diskussionen rund um die Härtefallmassnahmen, die der Kanton Luzern an von Covid-Massnahmen leidende Unternehmen bezahlt. Eines vorweg: Die Entscheidungen der Regierung des Kantons Luzern zu den Härtefallmassnahmen sind auch im Vergleich zu anderen Kantonen extrem schnell. Wenige Tage nachdem das Covid-Gesetz des Bundes in Kraft trat, konnten wir im Kantonsrat die erste Tranche für Härtefallmassnahmen mit einem Dekret mit 25 Millionen Franken beschliessen. Die ersten Auszahlungen können bald erfolgen. Am 13. Januar hat der Bund insbesondere für behördlich geschlossene Betriebe weitere Unterstützung zugesichert. Am selben Tag hat die Luzerner Regierung*

*dazu 40 Millionen Franken bereitgestellt. Somit können die Gastrobranche und neu auch der Detailhandel mit tiefen Hürden die Ausfälle decken. Geschäfte, die 40 Tage schliessen mussten, erhalten A-fonds-perdu-Beiträge.*

*Schnelle Entscheidungen sind sehr zu begrüssen, beinhalten aber auch das Risiko, dass nicht alles optimal geregelt wird. Diesbezüglich muss nun unter Berücksichtigung der rechtsstaatlichen Vorschriften nachgebessert werden. Dazu wurde ein überparteiliches Postulat eingereicht. Dieses wurde von allen Fraktionen und im Kantonsrat einstimmig überwiesen. Das ist noch kaum je gelungen. Damit wird von der Regierung unter anderem Folgendes verlangt:*

- Das fixe Verhältnis zwischen Krediten und A-fonds-perdu-Beiträgen soll flexibilisiert werden. So können wir den Weg freimachen, dass auch Unternehmen, die nur faktisch, aber nicht be-

*hördlich geschlossen waren, zu Fixkostenentschädigungen kommen.*

- In der März-Session soll ein 2. Dekret gesprochen werden, mit dem weitere notwendige finanzielle Mittel bewilligt werden können.
  - Bei der Lösungsfindung soll die Regierung zudem auch Sozialpartner und Wirtschaftsverbände einbeziehen und auch die betroffenen Branchenverbände anhören.
  - Bei diesem Austausch soll auch geklärt werden, ob, wie und aus welchen Überlegungen und für welche Branchen die Eintrittsschwelle der 40%-Grenze der Umsatzeinbusse ebenfalls flexibilisiert werden soll.
- Seit der letzten Kantonsratssession ist einiges passiert: Wir stecken inmitten eines zweiten Lockdowns. Der Bund ist für die behördlich geschlossenen Betriebe der Forderung nach Fixkostenentschädigungen nachgekommen.*

*Die Unterscheidung in «behördlich geschlossen» oder nicht ist für ein vereinfachtes System sachdienlich. Vielen Betrieben der Event-, Reisebranche, der Schausteller, die seit Monaten nur faktisch geschlossen sind, ist damit aber nicht geholfen. Wir brauchen nun Härtefallregeln, die Event-, Reisebranche und Schausteller genauso fair entschädigen wie Restaurants und Detaillisten.*

*Das einstimmig überwiesene Postulat ist aber meines Erachtens mehr als nur ein Auftrag an die Regierung: Es ist ein klares, deutliches und äusserst positives Zeichen an die Luzerner Unternehmerinnen und Unternehmer. Es ist ein Zeichen, dass die Politik zusammensteht und den besonders betroffenen Firmen in unserem Kanton helfen will. Es ist ein Zeichen, dass uns unsere KMU wichtig sind. Nun gilt es dieses gemeinsame Handeln*

*weiterzutragen. Es braucht auch für die nächsten Schritte ein gemeinsames Handeln unter den Parteien, zwischen der Regierung und dem Parlament und nicht zuletzt zwischen den Unternehmen und der Verwaltung. Doch es darf nicht vergessen werden, dass wir heute relativ grosszügig sein können, weil der Kanton Luzern in den vergangenen Jahren sparsam mit seinem Geld umgegangen ist. Wir können mit den Unterstützungsmassnahmen anderer Kantone nicht in allen Teilen mithalten, unsere Finanzsituation ist anders als in Zug oder Basel. Wir müssen unseren eigenen Luzerner Weg gehen. Es gilt also auch heute, umsichtig mit den vorhandenen Mitteln umzugehen. Und vergessen wir nicht, dass wir Steuergelder verteilen. Denken wir auch an die nächste Generation, welche die Schulden von heute morgen wieder zurückbezahlen muss.*

YVONNE HUNKELER, KANTONS RÄTIN CVP, GROSSWANGEN